

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1938

78 (5.7.1938)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-900249](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-900249)

Nachrichten

für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unterschuldeten Betriebsführungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleich wird etwa bewilligter Nachschuß hinfällig.

Abonnementpreis mit der Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pf. VI 38: 499. Druck und Verlag: S. Jitz, Elsfleth, Leitung: Hans Jitz, Elsfleth, Grundpreis: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste, z. B. Preisliste Nr. 4 gültig), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Jitz, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufzugebende Anzeigen kein Einprüferecht. Schlesisch 17

Nr. 78

Elsfleth, Dienstag, den 5. Juli

1938

Rußland packt aus

„Stalin hat Rußland verraten“

Blick hinter die Kulissen der GPU.

Die Vernehmung des früheren Chefs der GPU, im Fernen Osten, Juschlow, der, um dem Willen Stalins zu gehorchen, nach Mandschukuo geschickt ist, geben außerordentlich interessante und ausschlußreiche Einblicke in die wahren Zustände Sowjetrußlands. Die führende Diktatorzeitung „Tosyo Michi Nichi“ — Juschlow ist inzwischen nach Mandschukuo nach Japan weitergereist — verbreitet Mitteilungen über die Absichten Stalins über die Zukunft seiner Macht, ihre Vorbereitung und Durchführung. Juschlow schreibt darin wörtlich:

Angesichts der fändigen Verhaftungen und Erschießungen innerhalb des Offizierskorps der Roten Armee und der Funktionäre der Partei fühlte ich eine wachsende Gefahr für mich als hohen Sowjetbeamten, da bereits aus meiner engeren Umgebung mehrere Mitarbeiter abberufen worden waren, was in allen Fällen Verurteilung und sicheren Tod bedeutet.

Vor kurzem wurden erst der Sekretär der fernöstlichen Kommissionsmission, Ezejewitsch, und der Vorstand der Sowjetkommunion im Fernen Osten, Selurawitsch, nach Wostok berufen. Beide sind dort verhaftet worden. Das gleiche Schicksal erlitten der Chef der Sowjetkommunion in Kanton, Katschikow, und der Chef der Sowjetkommunion der Ukraine, Lepjewitsch. Verhaftet wurde weiter der Sowjetkommunikationsminister der weizrußischen Republik, Bernan.

Alle diese Männer, die ja liquidiert wurden, gehörten zu den ersten Revolutionären. Angesichts des Schicksals dieser Männer bin ich geküßelt. Ich benötige den Vorwand, die Grenze zu überschreiten zu müssen, um in die Mandschukuo überzutreten zu können.

Vor der Flucht habe ich lange überlegt, ob ich es darauf ankommen lassen sollte, als „Vollkeind“ wie tausend und aber tausend andere erschossen zu werden oder ob ich mein weiteres Leben in den Diensten des Kampfes gegen die blutige Politik Stalins fällen sollte. Meine Flucht bedeutet die Preisgabe meiner Interessen. Ich habe sie aufgegeben und das Interesse des Landes vorangestellt.

Ich will, was in meiner Kräfte steht, dazu beitragen, die Terrorpolitik Stalins aufzuheben und das unglückliche Elend des russischen Volkes zu beseitigen. Meine Schuld ist unendlich groß, weil ich an der Politik des Volkverrauchs und des Terrors, die Millionen von Russen das Leben kostete, mitgeköpelt habe. Man wird mich einen Landesverräter oder Spion nennen, weil ich gerade nach Japan gegangen bin. Ich habe Japan gewählt, weil es das einzige Land war, das ich auf meiner Flucht mit einiger Sicherheit erreichen konnte. Ich bin ein politischer Flüchtling und bitte hier um ein Asyl.

Gewiß bin ich ein Verräter geworden, aber ich verteidige Stalin und nicht Rußland. Stalin hat Rußland verraten. Alle Terrororgane sind Erschuldigten Stalins, der mit diesen Mitteln seine Widerstand nach dem Wege nimmt.

Juschlow erklärt dann, daß Nikolow, Kamenev, Wuchewitsch, Tomski sowie Sinowjew sich in Einzelaktionen mit Hilfe unzufriedener Genossen der Partei verweigert hätten, weil sie gegen Stalin einen entschlossenen Kampf aufzunehmen. Stalin hätte mit Hilfe seiner Terrororganisationen nicht nur seine jetzigen politischen Feinde, sondern auch seine zu Linien zählenden Gegner mit den grausamen Mitteln beseitigen lassen.

Krieg die letzte Rettung des roten Zaren

Zur Durchführung seiner gefährlichen Politik braucht er Leute, die ihm schließend ergeben seien. Er schiebe dabei die Schuld auf andere, selbst innerhalb der englischen Parteilisten. Um die innere Schwäche zu zeigen und die Vorbereitung zu beschleunigen, habe er einen Ausweg durch Krieg und Krieg, um die wahren Mächte durchzuführen, Raubman an den Kräften des russischen Volkes.

Der rote Zar halte über zwei Millionen Mann unter Waffen. Die Luftflotte umfasse Tausende von Flugzeugen, die im Ural-Gebiet bereitgestellt würden unter Ausnutzung der Weltkrise. Um die Kriegszustellungen zu rechtfertigen, habe Stalin vor seiner letzten Flucht, selbst die Verurteilungsmuster müßten hierzu herhalten. Die geradezu unerschütterlichen und unwiderstehlichen Aussagen selbst über die politische Lage in den betreffenden Parteiprozessen seien einfach zu erklären: man habe die Leute so lange gehalten, bis sie vor dem Tribunal das ausgesagt hätten, was man von ihnen gefordert hatte.

Das wichtigste derzeitige Problem sei das Verhältnis Sowjetrußlands zu Japan. Stalin habe dem Volk erklärt, daß Japan im Fernen Osten einen Krieg vorbereite. Er unterhalte China mit Kriegsmaterial und durch die Unterbindung von Beratern. Geplant sei eine Ausweitung des China-Konflikts und eine Schwächung Japans durch eine immer festere Sowjetbindung an China und eine entsprechende Mobilisierung der sowjetischen Marine. Der Seeverkehr im Fernen Osten. Die Stärke der Sowjetarmee im Fernen Osten betrage über 270.000 Mann mit 20 Divisionen.

Wenn man die GPU, im Balfat-Distrikt und die GPU, im Fernen Osten unter seinen, Juschlows, Befehl hinzurechnen, so ergäben sich östlich des Balfat-Sees insgesamt 400.000 Mann Streikräfte mit 25 Divisionen. In der Grenzlinie über 2000 Flugzeuge verammelt. Im Wladiwostok und weiteren Häfen befänden sich zahlreiche U-Boote aller Typen.

China ein Werkzeug des Kreml

Juschlow führte dann weiter aus, daß China nichts weiter als ein Werkzeug und ein Objekt der Ausbeutung Stalins sei. Wenn China dann geschwächt wäre, solle es bolschewisiert werden.

Was die Morbationen gegen die Stalin feindlichen Elemente betreffe, so hätten diese in der Roten Armee einen großen Umfang angenommen. Viele hohe Kommandeure seien bereits verhaftet oder erschossen. Aus diesem Grunde sei die Disziplin und die Schlagkraft der Truppe stark herabgemindert. Stalin habe vor, die auf diese Art frei gewordenen Stellen mit Jugendlichen zu besetzen, aber selbst in diesen Kreisen wachse stetig die Unzufriedenheit.

Juschlow schloß mit folgenden Worten: „Stalin propagiert, daß Rußland „demokratisch“ regiert wird, aber die Durchführung dieser „Demokratie“ bedeutet nichts weiter als ein Hinmorden von Millionen Russen. Wenn ich an die Zukunft denke, so ist für mich oberstes Gebot, den Kampf gegen den Terror Stalins zu führen. Die Empörung des Volkes wächst ständig gegen die in der Geschichte beispiellose Grausamkeit und die im größten Ausmaß durchgeführte Unterdrückung eines Volkes.“

Diese bezeichnenden Ausführungen eines Mannes, der als GPU-Chef für den Fernen Osten ja wissen muß, wie es in Sowjetrußland auslieht, werfen ein grelles Schlaglicht auf die dortigen Zustände und die alles andere als friedliebenden Absichten des roten Zaren.

Politische Brunnenvergiftung

Neuer Feldzug zur Unterdrückung des Deutschtums in Südwest.

In der Südafrikanischen Union ist eine neue Aktion in der Frage des Mandatsgebietes Südwest in Szene gesetzt worden. Artikel englischer Zeitungen laufen parallel zu Äußerungen südafrikanischer und Südwester Abgeordneter. Der Südwester Abgeordnete Landner-Purke erstarrte in einem Interview, daß in Südwest die Deutschen „ebenfalls humanistisch und zivilisiert“ behandelt würden wie in der Tschingal-Lokalität (1). Kurzum sei es wahrheitsgemäß, daß die Südwester über Krieg oder lang das gleiche Verlangen vorbringen würden wie die Südwester.

Die Union habe vor 18 Jahren den „Fehler“ begangen, Südwest nicht sofort einzuliefern. Genoa falsch sei es gewesen, die Deutschen en bloc zu naturalisieren statt jeden einzelnen um seine Einbürgerung bitten zu lassen. Die Unionsregierung müsse jetzt sofort die gegenwärtige Verfassung Südwests beseitigen und das Land eingliedern.

Hiermit müsse ein neues Naturalisationsgesetz verbunden werden, um mit Hilfe dieses Gesetzes rückwirkend die automatische Naturalisation aufzuheben, die auf Grund des Londoner Abkommens vorgenommen worden sei. Dann müsse sich jeder Deutsche voll naturalisieren lassen. Ein solches Gesetz sei gerechtfertigt, weil Deutschland die Meinung vertrete, General Smuts habe das Londoner Abkommen mißverstanden.

Der Sekretär der Vereinigten Partei Südwests, Taljaard, stellte drei Forderungen auf: Erstens müsse die deutsche Pfadfinderbewegung verboten werden, zweitens müsse man den Verband Deutscher Berufsgruppen beobachten und drittens müsse man die finanzielle und redaktionelle Leitung gewisser Zeitungen in Südwest einer Prüfung unterziehen.

Nach der auch sonst geübten Methode wird hier von der südafrikanischen Presse und von südwesterländischen Landesausschüßgeordneten ganz bewusst politische Brunnenvergiftung betrieben. Die Mandatsregierung hat in den letzten Jahren mit geistigen Vergiftungen immer neue Maßnahmen zur Unterdrückung des Deutschtums in Südwestland ergriffen, die das Deutschtum mit muffensüchtiger Disziplin hingenommen hat. Wieschen oft in letzter Zeit, wird hier wiederum der Versuch gemacht — diesmal durch eine unrichtige Verquidung der Südwester Frage mit der südwesterländischen Frage —, einen Streit zu provozieren, der bisher gar nicht besteht, da in Südwest seit Jahren völliges Einvernehmen zwischen den Deutschen und den südafrikanischen Bevölkerungsklassen herrscht.

Die Absicht, die mit solchen Alarmnachrichten bezweckt wird, ist nur zu durchsichtig. Man hofft, daß bei der gespannten Atmosphäre, die augenblicklich in der Weltpresse wegen der südwesterländischen Frage besteht, durch eine Verquidung südwesterländischer und Südwester Angelegenheiten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf Südwestland gelenkt wird, und verucht, durch provozierende Forde-

rungen einen Streit mit dem Deutschtum vom Zaune zu brechen. Würde sich das Deutschtum gegen diese Forderungen wehren, dann würde die übervollende Auslands- presse sofort ein Geschrei über „Rass-Agitation“ in Südwestland erheben, und die Mandatsregierung hätte endlich mit Bezug auf Südwestland die politische Situation geschaffen, in der sie im trüben fischen zu können glaubt.

Gegen Lügen und Verdrehungen

Südwesterländische Warnung vor Scheinlösungen.

Das Presseamt der Südwesterländischen Partei teilt mit: In böswilliger Verdrehung der Tatsachen versuchen einige scheinbare Blätter gleichzeitig den Bericht über die Sitzung des parlamentarischen Klubs der Südwesterländischen Partei und Karpathendeutschen Partei und den Artikel des Abgeordneten Smutts in der „Rundschau“ vom 2. Juli derart auszulegen, als ob die Südwesterländische Partei eine Lösung des Nationalitätenproblems und irgendwelche Vorschläge der Regierung abgelehnt habe.

Das Communiqué über die Sitzung des parlamentarischen Klubs der Südwesterländischen Partei, Karpathendeutschen Partei sowie der Artikel der „Rundschau“ deuten allerdings die Schwierigkeiten an, die einer Total- lösung immer noch entgegenstehen und warnen vor Scheinlösungen, allen Halbheiten und einseitigen Maßnahmen. Die Südwesterländische Partei kann und könnte keine Stellung zum sogenannten Nationalitätenstatut beziehen, da ihr lediglich der Entwurf eines Sprachgesetzes, das außerhalb des Statutes geregelt werden soll und nur ein Teilstück des eigentlichen Statutes ist, übergeben worden ist. Erst in der nächsten Woche soll der Südwesterländischen Partei die Hauptmaterie zugehtelt werden. Eine Neufassung der Südwesterländischen Partei zu den Vorschlägen der Regierung kann daher erst dann erfolgen, wenn das Nationalitätenstatut im ganzen vorliegt. Ebenso ist die Stellungnahme der Regierung zu den von der Südwesterländischen Partei am 29. Mai mündlich und am 7. Juni schriftlich dargelegten Lösungsvorschlägen ausstehend.

Die Ausführungen gewisser Blätter sind daher wahrheitswidrig und nur geeignet, Störungen herbeizuführen und die Seriosität des In- und Auslandes zu schädigen.

Achtung vor Volk zu Volk

Deutsch-polnische Besprechungen über die Geschichts- lehrbücher.

Im April 1937 haben im Reichserziehungsministerium in der Frage der Angleichung der deutschen und polnischen Schulbücher Besprechungen begonnen, die im August 1937 im Ministerium für Kultus und Unterricht zu Warschau fortgesetzt und nunmehr in diesen Tagen im Reichserziehungsministerium zu einem erfolgreichen Teiler-schluß gebracht wurden. Ausgangspunkt der Verhandlungen war das deutsch-polnische Protokoll vom 19. Juni 1936.

Die Besprechungen erstreckten sich zunächst auf die beiderseitigen Geschichtslehrbücher. Die Überbrücken waren sich darüber einig, daß die Verhandlungen im Geiste der Verständigung und der Achtung vor der geschichtlichen und kulturellen Leistung des anderen Volkes vorgenommen werden müßten. Eine solche Grundbegegnung soll dazu führen, daß die Teilabschnitte der Geschichte, in denen die beiden Völker im Gegensatz zueinander gestanden haben, in den Schulbüchern sachlich und leidenschaftlos dargestellt werden. Vor allem stimmten die Überbrücken darin überein, daß aus den Geschichtslehrbüchern alle Ausdrücke und Wendungen verschwinden sollen, die auf den Vertrags-partner beleidigend und herabsetzend wirken müßten und geeignet sind, das nationale Empfinden des anderen Volkes zu verletzen.

Für saubere Geschäftsführung

Wüchel prüft die Tätigkeit der Kommisfare.

Gauleiter Wüchel hat eine Überprüfung der Tätigkeit aller in der Privatwirtschaft eingesetzten Kommisfare angeordnet. Die Untersuchung ergab bei zwölf Kommisfaren, daß sie die ihnen anvertrauten Geschäfte unter geführt haben. Daraufhin wurde von Gauleiter Wüchel die Festnahme dieser ungetreuen Kommisfare und ihre Überführung in das Konzentrationslager Dachau angeordnet. In den nächsten Tagen wird Gauleiter Wüchel eine Neuorganisation des Kommisfarswesens verfügen.

Kampf gegen das Denunziantentum

Bei einer Gefängnisbesichtigung, die Gauleiter Wüchel durchführte, wurde unter anderem festgelegt, daß sich ein ehemaliger Funktionär der Partei in Deutschland Front untergeordnetem Rang auf Grund einer Angelegenheit, die einer seiner früheren Amtsverrichtungen erlangt hatte, in Haft befand. Der Betreffende wird aus der Haft entlassen, während der Angehörige für längere Zeit in Haft genommen wurde.

Unter Hinweis auf diese beiden Fälle hat Gauleiter Wüchel bestimmt, daß für alle Zukunft jeder, ganz gleich ob Parteimitglied oder Privatmann, eine Prämie von 50 RM erhält, dem es gelingt, einen Denunzianten zu fassen.

* Beiträge zur Invalidenversicherung nicht vergessen! Die Beitragsmarken müssen bekanntlich bei jeder Lohnzahlung eingeklebt werden, spätestens aber in der letzten Woche eines jeden Kalenderjahres. In ländlichen Gegenden besteht vielfach noch die Unsitte, die Beiträge für ein Jahr nachzuentrichten. Dieses Verfahren ist nicht zulässig und kann nicht mehr gebildet werden. Die Arbeitgeber müssen daher bei den nächsten Kontrollterminen, die im Anzeigentel dieser Zeitung bekanntgegeben werden, die Quittungskarten ordnungsmäßig besetzt vorzeigen, wenn sie Strafe vermeiden wollen. Für das Kalenderjahr vom 1. Januar bis 31. März 1938 sind demnach die Beitragsmarken sofort einzukleben. Vom 4. April 1938 an ist bei einem Wochengeld von über 48,- RM eine Beitragsmarke der IX. Lohnklasse (2,70 RM) zu verwenden.

* Das Oldenburgische Staatsministerium hatte in diesem Jahre erstmalig für die Stadt Brake einen Stammtag, der vom 11.—13. September abgehalten werden sollte, genehmigt. Nach einer neueren Verfügung des Ministeriums ist dieser Markt für die Stadt Brake wieder aufgehoben und die Wiederzulassung des Brommyfestes erlaubt worden.

* Unerwartet lange Reise des Segelschiffes „Admiral Karpfanger“. Das deutsche Segelschiff „Admiral Karpfanger“, Sapag, hat am 8. Februar mit einer Ladung Getreide seine Heimreise nach Europa von Port Germein, Spencers Golf, Australien, über Kap Horn angetreten. Am 1. März hat der Segler seine Position funktentelegraphisch über Norddeich auf 51 Grad südlicher Breite und 178 Grad östlicher Länge gemeldet. Aus Nachrichten, die bei der Reederei nach Abgang des Schiffes aus Australien eingegangen sind, ist ersichtlich, daß in der Motoren zur Erzeugung des elektrischen Stroms für die Funkstation Störungen aufgetreten waren, so daß mit regelmäßigen eigenen radiotelegraphischen Positionsmeldungen des Seglers auf der Fernreise nicht mehr gerechnet werden konnte. Anscheinend hat der Segler, was erfahrungsgemäß als normal anzusehen ist, sich außerhalb der Dampferwege gehalten und ist infolgedessen nicht gesichtet und gemeldet worden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist die Feinddauer des Schiffes auf dieser Segelroute bis jetzt zwar als lang, aber durchaus nicht als ungewöhnlich anzusehen. Obgleich also kein Grund zur Besorgnis vorliegt, hat die Reederei mit Rücksicht auf die Nachricht erwartenden Angehörigen der Besatzung über die deutsche Großstation und über Lloyd's, London, eine drablose Rundfrage an die Schiffe aller Nationen gerichtet, um eine Standortmeldung über „Admiral Karpfanger“ zu erhalten.

* Wichtige Anordnung. Ab 1. Juli müssen alle Anhänger an Kraftfahrzeugen, die bisher noch nicht mit einem sicher wirkenden Schlußlicht versehen waren, eine rote Sturmlaternen führen.

* Verordnung zum Schutze der Wälder. Eine Verordnung vom Verwalter des Vierjahresplanes, Generalfeldmarschall Göring, erlassene Verordnung schafft für den Schutz des Waldes, der Moore und Heiden in ganz Deutschland einheitliches Recht. Für die Zeit vom 1. 3. bis 31. 10. ist ein allgemeines Rauchverbot für Waldstraßen festgesetzt; ausgenommen sind die öffentlichen Durchgangsstraßen mit einer mindestens 4 Meter breiten, festen Decke. Für die bei einem Waldeigentümer in häuslichem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Personen gelten Sonderbestimmungen.

* Ausübung des Freifeuerhandwerks. Auf Beschluß des Oldenburgischen Staatsministeriums wurde für das Land Oldenburg über die Ausübung des Freifeuerhandwerks eine Polizeiverordnung erlassen. In dieser Polizeiverordnung heißt es u. a., daß die zur Ausübung des Freifeuerhandwerks bestimmten Räume nach außen hin luftlos sein, ausreichende Tageslichtbeleuchtung haben und erforderlichenfalls hinreichend künstlich zu beleuchten sein müssen. Die Ausübung des Freifeuerhandwerks in Kellerräumen, sowie diese nicht zum dauernden Aufenthalt von Menschen zugelassen sind, auf Höfen, in Durchgängen, Schuppen, Holzböden, Scheunen, Ställen, Wohnwagen, Garagen und dergl. ist verboten. Weiter enthält die Verordnung Bestimmungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und ihre hygienischen Einrichtungen. Ferner sind genaue Angaben gemacht worden, nach welchen Bestimmungen die Bedienung eines Stundes (sowie die Einberührung der Apparate vorgenommen werden muß. Hierzu heißt es noch in besonderen, daß alle Geräte sauber sein müssen und unbedingt nach jeder Benutzung wenigstens mechanisch, mindestens aber einmal am Tage gründlich zu reinigen sind. Diese Polizeiverordnung gilt ferner auch für solche Personen, die keine feste Betriebsniederlassung haben oder außerhalb dieser arbeiten. Es ist zu beachten, daß ein Abdruck der Polizeiverordnung in jedem Betriebsraum an sichtbarer Stelle auszuhängen ist. Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 150 RM, in besonders schweren Fällen mit Haft bis zu zwei Wochen bestraft. Diese Polizeiverordnung trat am 1. Juli 1938 in Kraft.

* Ankauf gezogener Auslosungsrechte. Die zur Einführung am 1. Oktober 1938 gezogenen Auslosungsrechte der Anleiheauslosungsschuld des Deutschen Reiches werden bereits vor dem Fälligkeitstermin, und zwar vom 1. Juli 1938 ab, unter Abzug eines zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu berechnenden Diskonts, frei von Provision, angekauft. Der Ankauf der Auslosungsscheine erfolgt durch die Reichsbankanstalten, in Berlin durch die Post- und Fernverkehrsabteilung der Reichsbank, Jägerstraße 55 II. Die Inhaber der Auslosungsscheine, die vor dem 1. Oktober 1938 in den Besitz des Einlösungsbetrages gelangen wollen, können schon jetzt ihre Aktien der nächstgelegenen Reichsbankanstalt zum Ankauf übergeben. Die Auszahlung des Einlösungsbetrages, unter Abzug des Diskonts, erfolgt nach Prüfung der Aktien ab 1. Juli 1938. Der Ankauf der ausgelosten Schuldverschreibungen erfolgt zu denselben Bedingungen durch die Reichsschuldenverwaltung.



Im Hilfswerk „Mutter und Kind“ hat die NSD. für die Gesundheitsführung des Volkes 3117 NS.-Schwestern-Nationen eingesetzt.



HILFSWERK
MUTTER
und Kind

* Schicksal? Gar mancher spricht von Schicksalsschlägen und jammert über ein ihm widerfahrenes Unheil, anstatt die Ursachen dieser Schläge zu ergüßeln und den Anteil der eigenen Schuld festzustellen. Es ist ebenso billig wie unsinnig, für alles, was geschieht, ein böses, unheilswahngeres Schicksal verantwortlich zu machen, sich aber selber um die Verantwortung zu drücken. Durch Wehklagen und Berufung auf ein mysteriöses „Schicksal“ sind noch keine böse Tat und kein schlimmes Ereignis besser geworden. Das mag sich der Autofahrer vor Augen halten, der sich betrunken ans Steuer setzte und später den Unstern verfluchte, der ihm gerade an diesem Tag einen Verkehrsunfall verschunden ließ. Es war nicht der ungünstige Stern und auch nicht das böse Schicksal, die den Unfall herbeiführten, schuldig war allein der Fahrer, der keine Hemmungen kannte, wenn er unter Alkohol stand, und der nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, sich erst ausschloß, sondern der sich unbedünnt ans Steuer setzte, obwohl seine Sinne nicht klar waren und sein Reaktionsvermögen verlagerte. Man rede auch nicht vom Schicksal, wenn beim kurzen Einbiegen nach links etwa etwas passiert oder wenn der in einer Kurve an einer unübersichtlichen Straßenecke parkende Kraftwagen demoliert wird. Nicht das den Fahrer mit Unheil erfolgende Schicksal trägt die Schuld an solchen Zwischenfällen, immer nur der seine einfachsten Pflichten verlebende Kraftfahrer. Im Rahmen der jetzt stattfindenden Verkehrsunfallverhütungssaktion wird jeder Kraftfahrer ein Merkblatt erhalten, das seine einfachsten Pflichten aufzeigt. Nicht, um ihn zu ärgern oder um ihn mit erhabenem Zeigefinger zu belehren, sondern um ihn aufzufordern, auch zu seinem Teil an der Verringerung der Verkehrsunfälle beizutragen. Es wäre ja so einfach zu sagen: Das böse Schicksal reißt in Gestalt des Verkehrstodes jedes Jahr 8000 Volksgenossen aus unserer Mitte, und das tut uns bitter leid, aber lehne dich einer gegen das Schicksal auf! Nein, nicht das Schicksal nimmt uns die Kameraden, unser Leichtsinn, unsere eigene Unachtsamkeit sind schuldig. Die aber können wir bekämpfen und das wollen wir tun. Nicht der Kraftfahrer allein, auch der Führerlenker wie der Radfahrer und der Fußgänger, jeder an seinem Platz und jeder zu seinem Teil.

* „Verlorenen Urkunden“? Bei dem Nachweis der arischen Abstammung geraten manche Deutsche, deren Vorfahren außerhalb des heutigen Reiches geboren sind, in große Schwierigkeiten. Vielfach sind die ausländischen Ortsbeziehungen nicht bekannt; Viele kommen entweder zurück oder erhalten keine Antworten, weil sie ihr Ziel nicht erreichen. Der Evangelische Verein für Deutsche Ansiedler und Auswanderer, Berlin C 2, Monbijouplatz 10 Eing. II, ist gern bereit, hier helfend kostenlos einzugreifen. Mit dieser Arbeit ist die Forschung nach Vermissten im Ausland eng verbunden. In unzähligen fast ausfichtlosen Fällen gelang es, die Verschollenen wieder aufzufinden oder Ausgewanderte nach jahrelangem Schweigen zum Schreiben zu veranlassen. In allen Fällen der Beschaffung der Familienurkunden aus dem Ausland, der Familienrennung, der Nachforschung nach Vermissten werde man sich vertrauensvoll an die oben genannte Stelle.

* Deutsche Tabakforschung vorbildlich in der Welt. Zehn Jahre besteht heute die Reichsanstalt für Tabakforschung in Forstheim. In das ganze Reich gehen die Versuchsergebnisse, denn nicht nur der badische Tabakbau, sondern alle deutschen Tabakgebiete werden von Forstheim betreut. Die Hauptarbeit des Instituts ist die Schaffung hochwertiger deutscher Landtabakorten. Der Auf der Anstalt ist auch weit ins Ausland gedrungen, denn ständig kommen Interessenten aus dem Auslande, um sich in Forstheim Anregungen zu suchen. Unter Aufsicht der Reichsanstalt werden heute in Deutschland schon 7000 Zentner nikotinfreier Tabake angebaut, die der Herstellung milder Tabakwaren dienen. Daneben wird auch nikotinhaltiger Tabak gezüchtet. Es gelang, Tabake mit 12 Prozent Nikotingehalt zu schaffen, von denen ein einziger Zug den Tod des Rauchers zur Folge hätte. Aus diesem Tabak wird Nikotintextrakt zur Befämpfung von Blattläusen und Mehlwürmern hergestellt.

* Oldenburg. Nachdem die Arbeitsdienstabteilung 3/190 im jahrelangen Ringen die Siedlung Bentshullen ins Leben gerufen hat, wartet ihrer jetzt eine neue, große

Aufgabe. Etwa 5 Kilometer östlich der Kolonie Bentshullen liegt an der Weseler Straße das Moorquart Karzlehn. Das Reich hat von diesem Gut etwa 800 Hektar aufgeteilt und zur Besiedlung freigegeben. Hier soll nun eine neue Siedlung ähnlich wie Bentshullen entstehen. Seit einigen Monaten ist bereits die Arbeitsdienstabteilung 3/190 dabei, dieses Moorgebiet für den Siedler zu erschließen, und zwar zunächst durch Anlage von Straßen, denen die Entwässerung folgt. Im Jahre 1941 dürften diese Vorarbeiten beendet sein. Die etwa 800 Hektar große Moorfläche soll in Siedlungen zu zwölf Hektar aufgeteilt werden, so daß hier etwa 60—70 Siedler ein Unterkommen finden werden. Das Siedlungsamt Oldenburg wird die Finanzierung übernehmen. Als Siedler können auch Bauernsöhne in Frage. Auch eine neue Schule wird für diese neue Siedlung, die Karzlehn genannt werden wird, gebaut.

* Oldenburg. Auf einem Hof in Kleekamp bei Borgholzhäusen (Galle i. Weßf.) ereignete sich ein schrecklicher Vorfall. Die dort als Hausdokter beschäftigte 25jährige Leni Brandorf aus Oldenburg brachte sich mit einer Jagdwaffe einen Schuß in den Kopf bei. Die Schädeldach wurde zerschmettert und der Tod trat auf der Stelle ein. Die Polizei ist noch damit beschäftigt, die Hintergründe des Vorfalles zu klären. Zu einem Selbstmord des Mädchens lag, wie es heißt, kein ersichtlicher Anlaß vor.

* Schwei. In einem alten Bienenkorb eines hiesigen Jinters, der den Winter über draußen stand, hat ein Ameisenpaar sein Nest gebaut. Nachdem vor kurzem zehn junge Weisen den Wauplatz verlassen, konnte bald darauf ein zweites Gelege von zehn Eiern festgestellt werden. Die Weisen scheinen sich also in ihrer Wohnung, die vom Gartenbesitzer zum Schutz gegen wildernde Katzen mit einem Draht umgeben wurde, recht wohl und sicher zu fühlen.

* Wildeshausen. Bei dem scharfen Sturm wurden in Aumühle und Spasde bei Wildeshausen große Mengen von Flugsaug aufgewirbelt und Kilometerweit fortgetragen. Von Wildeshausen sahen die Wolken wie Brandwollen aus, so daß die Feuerlöschpolizei Wildeshausen von verschiedenen Stellen wegen eines Fuhrenbrandes alarmiert wurde. Viele Einwohner konnten sich nicht beruhigen, da sie derartige Sandwollen noch nicht gesehen hatten und sie nur eine Feuersbrunst für möglich hielten.

* Vellage. Auf entsetzliche Weise zu Tode gekommen ist die etwa 70jährige Witwe Gosling hierelbst. Frau Gosling wollte einen Topf mit Essen vom Feuer ziehen, da sie den Geruch des Anbrennens wahrzunehmen glaubte. Dabei fing ihre Kleider Feuer; die Bedauernswerte stand alsbald in hellen Flammen und zog sich schwer Brandwunden am ganzen Körper zu. — Witwe Gosling die schon einige Jahre erblindet ist, wohnte mit ihrer Tochter zusammen. Als diese ihr kurze Zeit das Essen verlassen hatte und die Greisin sich allein in der Küche befand, machte sie sich daran, einen Topf vom Feuer zu nehmen, wobei ihre Kleider von den Flammen erfaßt wurden. In ihrer Angst eilte die Unglückliche auf die Diele und auf ihre Hilferufe kamen auch alsbald die Nachbarn herbei, die sofort veranlaßten, daß ein Feuerwehgeheul wurde. Die bedauernswerte Frau hatte aber so schwere Brandwunden fast am ganzen Körper erlitten, daß auch ärztliche Kunst das Leben nicht mehr zu erhalten vermochte.

* Rotenburg. Nicht alltäglich dürfte die Milchleistung sein, die eine Kuh in der Rotenburger Gegend mit dem schönen Namen „Donna“ des Bauern Konrad Delventhal in Worth erbracht hat. Eine genaue Kontrolle hat gezeigt, daß die betreffende Kuh in der letzten Zeit im Durchschnitt 47,2 Kilogramm Milch pro Tag mit einem durchschnittlichen Fettgehalt von 3,2 Prozent gegeben hat.

* Hannover. Auf einen gerissenen Ganner ist dieser Tage in Hannover ein Hausmädchen hereingefallen. Die Wohnung eines hannoverschen Hausbesizers hinter das Telefon, worauf sich das Hausmädchen in Abwesenheit ihres Dienstherrn am Apparat meldete. Der Teilnehmer stellte sich als ein Direktor Somieso vor und gab ihr zu wissen, daß ihr Dienstherr augenblicklich bei ihm wäre. Er habe den Auftrag, ihr mitzuteilen, sie möge den Hausbesizer, der in Abzehr wegen eines Springbrunnens in die Wohnung kommen würde. 21.50 RM ausbühnen. Es dauerte auch nicht lange, als ein Mann erschien, der zunächst im Garten des Hauses Vernehmungen vornahm und dann noch Erklärungen gab, wie hoch das Wasser des Springbrunnens emporschnellen würde. Schließlich verlangte er dann den angekündigten Vorfuß von 21.50 RM und verschwand.

Druck und Verlag: L. Zirk, Elsfleth. Hauptschriftleitung: Hans Zirk, Elsfleth. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Zirk, Elsfleth. DL VI 38: 499
Zur Zeit ist Preisliste Nr. 4 gültig

Neue Kartoffeln **Drucksachen**
Zu haben bei **liefert**
D. Rohr, Timpen **Buchdruckerei L. Zirk**

NSDAP., Ortsgruppe Elsfleth
Am Donnerstag, dem 7. Juli 1938
abends 8.45 Uhr

öffentliche Versammlung
im „Ziboli“.

Es spricht der Leiter des rassenpolitischen Amtes des Gauweser-Ems, Parteigenosse **Dr. med. Warming**.
Alle Volks- und Parteigenossen sind eingeladen.
Der Ortsgruppenleiter